Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6319**

16. Wahlperiode 10. 09. 2007

Antrag

der Abgeordneten Renate Künast, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Alte Atomkraftwerke jetzt vom Netz nehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es wird zunehmend klar, dass die Nutzung von Atomstrom aufgrund des gestiegenen Risikos durch Unfälle oder Terroranschläge sowie der ungelösten Endlagerfrage unverantwortbar ist. Deshalb ist der von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg ein entscheidender Schritt zu mehr Sicherheit. Daran muss die derzeitige Bundesregierung festhalten. Laufzeitverlängerungen dagegen sind der falsche Weg.

Das Gefahrenpotenzial der Atomenergie ist enorm: Atomanlagen sind gefährliche Ziele für Terroristen. Dies gilt insbesondere für ältere Atomkraftwerke ohne ausreichende Sicherung gegen Flugzeugabsturz. Hinzu kommen die vielfältigen Belastungen für Gesundheit und Umwelt in der gesamten Technologiekette – vom Uranabbau bis zur Plutoniumwirtschaft – und die nach wie vor weltweit ungelöste Frage, wie die radioaktiven Abfälle über Zehntausende von Jahren sicher gelagert werden können. Der weltweite Zuwachs an waffenfähigem Plutonium sowie mittel- und hochangereichertem Uran erhöht die Proliferationsgefahr, behindert die Abrüstung und schafft neue Gefahrenpotenziale.

Die jüngsten Störfälle in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel haben erneut gezeigt, wie sehr die Unfallwahrscheinlichkeit mit dem Alter der AKWs steigt. Je älter die Reaktoren, desto höher die Sicherheitsrisiken. In Deutschland sind es vor allem die sieben altersschwachen Siedewasserreaktoren der Baulinie 69 und die Druckwasserreaktoren, die auf den deutschen Störfalllisten ganz oben stehen. Sie müssen schnellstmöglich stillgelegt werden. Einen störfreien Betrieb vorausgesetzt würden die Atommeiler Biblis A und B, Neckarwestheim I und Brunsbüttel nach dem mit den Betreibern vereinbarten Atomkonsens noch in dieser Legislaturperiode das Ende ihrer Laufzeit erreichen und vom Netz gehen. Biblis A und B aber, die von der Atomwirtschaft immer als sicher bezeichnet wurden, stehen bereits seit fast einem Jahr still. Es hatte sich herausgestellt, dass die Atomkraftwerke durch den Einbau falscher Dübel nicht ausreichend für mögliche Erdbeben gesichert sind.

Alle Reaktoren altern durch hochkomplexe Veränderungen in der atomaren Struktur metallischer Werkstoffe. Solche Vorgänge und ihre Folgen sind besonders schwer auszurechnen und rechtzeitig zu entdecken, weil extrem hohe Temperaturen, enorme mechanische Belastungen, eine chemisch aggressive Umgebung und das Neutronen-Dauerbombardement aus der Kernspaltung simultan auf die Bauteile wirken. Korrosion, Strahlenschäden, Rissbildung an der Oberfläche oder an Schweißnähten im Inneren und an zentralen Komponenten

wie dem Reaktordruckbehälter sind in der Vergangenheit immer wieder aufgetreten. Schwere Unfälle blieben meist aus, weil das Unheil rechtzeitig von Überwachungssystemen, bei Sicherheitsüberprüfungen oder durch Zufall entdeckt wurde. Aber diese Sicherheitsbarrieren bieten keine ausreichende Absicherung, wie der sehr ernste Vorfall in Forsmark letztes Jahr wieder gezeigt hat. Auch in Deutschland gab es in den vergangenen Jahren eine Reihe ernstzunehmender Havarien, die spektakulärste war 2001 eine geborstene Rohrleitung in der Nähe des Reaktorsicherheitsbehälters des AKW Brunsbüttel.

Alte Atomkraftwerke müssen daher so schnell wie möglich vom Netz genommen werden. Der konsensual mit dem den Betreibern vereinbarte Atomausstieg bietet dazu hinreichende Möglichkeiten.

Atomkraft bietet kein wirksames Mittel im Kampf gegen den Klimawandel. Zum einen produzieren Atomanlagen über die gesamte Produktions- und Entsorgungskette erhebliche Mengen an CO_2. Aber selbst wenn ab sofort weltweit alle verfügbaren Mittel in den Ausbau der Atomenergie gelenkt würden, wäre der Effekt auf den globalen Treibhausgas-Ausstoß marginal. Der Anteil der Atomenergie am weltweiten Endenergieverbrauch beträgt derzeit lediglich 2,5 Prozent. Für eine spürbare Reduzierung von Klimagasen müssten Tausende neue AKW gebaut werden. Eine solche Strategie wäre mangels industrieller Kapazitäten, wegen der immensen Kosten und einer Vervielfachung der mit ihr verbundenen Risiken ebenso unrealistisch wie unverantwortlich. Auch eine Laufzeitverlängerung der bestehenden AKWs hilft dem Klimaschutz nicht. Im Gegenteil führt das Festhalten an alten Atomkraftwerken nur dazu, dass dringend nötige Innovationen in neue Technologien und Erneuerbare Energien aufgeschoben werden. Das bedeutet: wirksamer Klimaschutz ist nur mit dem Atomausstieg zu erreichen.

Atomenergie kann auch keinen Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Energie leisten. Bei keinem Energieträger ist Deutschland so sehr – nämlich zu 100 Prozent – abhängig von Importen wie beim Brennstoff Uran. Und dieser Brennstoff ist in seiner Verfügbarkeit der zeitlich am meisten begrenzte: Nach Berechnung der Internationalen Atomenergieorganisation in Zusammenarbeit mit der OECD aus dem Jahr 2004 gibt es wirtschaftlich abbaubare Vorkommen weltweit zwischen 1,25 und 4 Millionen Tonnen. Je nach Größenordnung des Verbrauchs reichen diese Vorräte also noch zwischen 20 und 65 Jahren. Das Maximum der Uranförderung wird bereits in wenigen Jahrzehnten überschritten sein, wenn nicht die Anzahl der Atomkraftwerke schnell erheblich sinkt. Die um das Zwanzigfache in den letzten Jahren gestiegenen Uranpreise sind ein deutliches Indiz dafür, dass Uran auf dem Weltmarkt bereits knapper geworden ist. Nach 2013, wenn die Verträge mit Russland zur Verarbeitung von russischem Waffenuran – immerhin macht dies etwa 40 Prozent der aktuellen Uranweltversorgung aus – auslaufen, wird die Uranverfügbarkeit weiter drastisch eingeschränkt.

In diesem Sommer standen bis zu sieben AKWs in Deutschland zum größten Teil unplanmäßig still. Energiesicherheit sieht anders aus.

Eine große Gefahr geht weiterhin von der ungelösten Frage einer sicheren Endlagerung des strahlenden Atommülls aus. Hier ist der Staat gefragt, alles zu unternehmen, dieses Problem schnell zu lösen. Wie unsicher die bisherigen Versuche waren, zeigt unter anderem die gefährliche Situation am absaufenden Endlager Asse.

Durch die Marktliberalisierung kann jeder Stromkunde sich seinen Stromversorger selbst auswählen. Neben dem örtlichen Versorger gibt es auch überregionale Anbieter, unter diesen einige, deren Angebot keinen Atomstrom aufweist und die ausschließlich Strom aus regenerativen Energien anbieten. Durch den Wechsel zu einem Ökostromanbieter kann die Bundesregierung zeigen, dass sie am

Atomausstieg festhält und gleichzeitig einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– darauf hinzuwirken, dass alte Atomkraftwerke so schnell wie möglich vom Netz genommen werden. Das gilt insbesondere für alle Anlagen, die nicht gegen den Aufprall von leichten Militärflugzeugen – geschweige denn von großen Passagierflugzeugen – ausgelegt sind;

– einer Strommengenübertragung von neuen auf alte Atomkraftwerke nicht zu genehmigen;

– bundesweit umgehend für sämtliche Atomkraftwerke die Durchführung der bereits im Ausstiegsgesetz vorgesehenen umfassenden und detaillierten Sicherheitsprüfungen anzuordnen. Die Verfahren müssen unter öffentlicher Aufsicht stattfinden und transparent sein. An den Prüfungen sind obligatorisch unabhängige, atomkritische Institute und Experten/Expertinnen zu beteiligen;

– die Resultate aller Sicherheitsprüfungen zu veröffentlichen;

– wenn die Prüfungen Sicherheitsdefizite erkennbar machen, die Anlagen umgehend vorläufig stillzulegen;

– einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der bei technischen/baulichen Abweichungen von der atomrechtlichen Genehmigung, bei fehlenden Sicherheitsnachweisen sowie begründetem Verdacht auf Unregelmäßigkeiten eine Umkehr der Beweislast vorsieht;

– einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der regelt, dass die Betreiber die Entsorgungsrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzahlen;

– in sämtlichen Liegenschaften des Bundes – inklusive den nachgeordneten Behörden – Stromlieferverträge mit Ökostromanbietern abzuschließen, wie es das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereits in der rot-grünen Regierungszeit vorgemacht hat.

Berlin, den 10. September 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333